

GEORG MÜLLER

Regionale Unterschiede der natürlichen Bevölkerungsbewegung und die Problematik ihrer Ursachenerforschung*

Mit 4 Kartenbeilagen

Die in der Bundesrepublik zu beobachtenden regionalen Unterschiede der natürlichen Bevölkerungsbewegung sind ein Phänomen von hervorragender Bedeutung für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung in den Teilräumen der Bundesrepublik und damit ein für die Raumordnung sehr wesentlicher Sachverhalt, der in seiner Tragweite gegenwärtig noch recht wenig erkannt zu sein scheint und aus dem für die Raumordnungspolitik noch kaum Konsequenzen gezogen worden sind. Die Erklärungen der Ursachen für die regionalen Unterschiede, insbesondere die am häufigsten zu findende Erklärung, unterschiedlich hohe Geburtenziffern wären ein Spiegelbild der Konfessionsverteilung, reichen nicht aus. Bei näherer Untersuchung lassen sich im Hinblick auf das generative Verhalten nur noch geringe Anhaltspunkte für einen Kausalzusammenhang erkennen.

1.

Auf der beifolgenden Karte 1 sind die Geburten der Jahre 1963, 1964 und 1965 je 1000 Einwohner dargestellt. Es sind also die Geburtenziffern der drei genannten Jahre addiert und auf 1000 Einwohner berechnet worden. Im Bundesgebiet ergibt sich für die Jahre 1963–1965, die hier

dargestellt sind, im Durchschnitt eine Zahl von 54 Geburten auf 1000 Einwohner. Mit nur 36 Geburten auf 1000 Einwohner liegt Berlin weit unter diesem Bundesdurchschnitt. Auch die Hansestadt Hamburg bleibt mit Abstand hinter den übrigen Bundesländern zurück (44,3). Betrachten wir die Flächenländer, so ergibt sich, daß an der Spitze – über dem Bundesdurchschnitt – Baden-Württemberg mit 58,3, gefolgt von Niedersachsen mit 56,5, Rheinland-Pfalz mit 56,5 und Saarland mit 56,2 liegen. Schleswig-Holstein mit 55,7 und Bayern mit 55,5 liegen recht dicht dabei und noch über dem Bundesdurchschnitt, während Nordrhein-Westfalen ihm entspricht. Neben Berlin und den Stadtstaaten bleibt dann lediglich noch Hessen mit 51,8 hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Insgesamt erweist sich, daß die Flächenländer, im Schnitt betrachtet, nicht sehr weit auseinanderliegen, wie die folgende Übersicht zeigt:

Geburtenziffern 1963–1965 in den Ländern

Schleswig-Holstein	55,7
Hamburg	44,3
Niedersachsen	56,5
Bremen	51,1
Nordrhein-Westfalen	54,2
Hessen	51,8
Rheinland-Pfalz	56,5
Baden-Württemberg	58,3
Bayern	55,5
Saarland	56,2
Berlin	35,9
Bundesgebiet	54,2

* Diesem Aufsatz liegt ein Vortrag des Verfassers zugrunde, den er im Ausschuß für Regionalstatistik anläßlich der Jahrestagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 11. 10. 1967 in Göttingen gehalten hat.

Das mag vielleicht ein Grund mit dafür sein, daß den regionalen Unterschieden eigentlich recht wenig Bedeutung zugemessen wird.

Aber schon bei einer Betrachtung der Regierungsbezirke ergibt sich ein anderes Bild. Mit 69 liegt hier Osnabrück an der Spitze, gefolgt von Aurich und Oldenburg mit 66. Diesen Regierungsbezirken stehen die geburtenschwachen Regierungsbezirke Braunschweig mit 48, Wiesbaden und Hannover mit nur 49 gegenüber. Besonders bemerkenswert sind jedoch die Unterschiede bei den Kreisen. Mit hohen Werten werden die Landkreise angeführt von Aschendorf-Hümmling mit 88, Meppen mit 87 und Cloppenburg mit 86. Ausgesprochen niedrige Werte weisen neben zahlreichen kreisfreien Städten die Landkreise Obertaunuskreis und Naila mit 46 sowie Zellerfeld mit 47 auf.

Die Karte läßt in sehr auffallender Weise größere zusammenhängende Gebietskomplexe gleicher Stufe erkennen. Sie zeigt weiter, daß auch für die meisten größeren kreisfreien Städte das gilt, was bereits für Berlin und die Stadtstaaten festgestellt wurde: hier sind die niedrigen Stufenwerte zu finden.

Ein großes zusammenhängendes Gebiet hoher Geburtenzahlen erstreckt sich von Ostfriesland in einem weiten Streifen zu beiden Seiten der Ems bis an die Mittelgebirgsschwelle. Das Sauerland, die westliche Eifel, weite Gebiete in Baden-Württemberg, ein breiter Streifen, der sich durch Unterfranken nach Osten über den Südteil von Oberfranken nach der Oberpfalz und Niederbayern erstreckt, kennzeichnen grob die Gebiete hoher Geburtenzahlen. Andererseits fallen weite Teile des nordrhein-westfälischen Industriegebietes, Süd- und Ost-Niedersachsen sowie das oberfränkische Industriegebiet neben den großen kreisfreien Städten als Gebiete niedriger Geburtenzahlen ins Auge.

Es stellt sich nun die Frage, ob das eine Feststellung ist, die lediglich für die untersuchten Jahre von 1963 bis 1965 gilt, oder ob sich hier im Laufe der Zeit regionale Abweichungen herausfinden lassen. Wie Untersuchungen gezeigt haben, ist gerade auffallend, daß die Gebiete mit hohen Geburtenzahlen und solche mit niedrigen Geburtenziffern über lange Zeiträume die gleichen sind.

Das zeigt Karte 2 sehr deutlich, sie erfaßt den vorangegangenen Zeitraum von 1951 bis 1962. Das ist ein Zeitraum von 12 Jahren, der hier dem Zeitraum von drei Jahren in Karte 1 gegenübergestellt ist. Um den unmittelbaren Vergleich zu ermöglichen, ist in der Karte für den Beobachtungszeitraum über 12 Jahre die gleiche Anzahl von 7 Stufen, und zwar mit vergleichbaren Schwellenwerten, gebildet worden. Die Vergleichbarkeit der Schwellenwerte – und das ist methodisch vielleicht bemerkenswert – ist durch Berücksichtigung des Verhältnisses der unterschiedlichen Zeiträume (3:12) herbeigeführt worden, wobei auch die im Durchschnitt etwas niedriger liegende Geburtenziffer im Zeitraum 1951–1962 zu berücksichtigen war.

Wie die Darstellung zeigt, stimmen die beiden Karten in weiten Teilen sehr deutlich überein; das läßt wohl den Schluß zu, daß tatsächlich die beobachteten regionalen Unterschiede im generativen Verhalten der Bevölkerung über lange Zeiträume in etwa gleich sind.

2.

Neben den Geburten ist die Sterblichkeit die andere Komponente der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Auch da lassen sich regionale Unterschiede beobachten. Sie sind für die drei Jahre 1963–1965 auf Karte 3 dargestellt worden. Die Karte entspricht dem Zeitraum nach der Karte 1. Die Farbwerte wurden ebenfalls entsprechend gewählt. Ein Vergleich der beiden Karten vermittelt prima vista den Eindruck, daß die Kreise mit hohen Sterblichkeitsziffern nicht mit den Kreisen hoher Geburtenziffern korrespondieren, sondern Kreise mit niedrigen Geburtenziffern – vor allem auch die großen Städte – hohe Sterbeziffern aufweisen. Das sich in wesentlichen Teilen ergebende Umkehrbild der beiden Karten findet eine teilweise Erklärung durch die Wanderungsbewegungen. Es läßt sich nämlich feststellen, daß die Gebiete mit hohen Geburtenziffern – bei niedrigen Sterbeziffern – entsprechend hohe Geburtenüberschüsse aufweisen. Da einige der Gebiete mit solchen hohen Überschüssen dünner besiedelte, mehr agrarisch strukturierte Gebiete sind, in denen es an gewerblichen Arbeitsplätzen in ausreichender Zahl für den Geburtenüberschuß fehlt, ist die „überzählige“ Bevölkerung zur Abwanderung gezwungen. Die Karte 4 über die Wanderungen 1962 bis 1965 zeigt das recht deutlich. Etwas simplifiziert ausgedrückt könnte man sagen, die Sterbeziffern in diesen Gebieten müssen niedriger sein, weil die – und das ist bekannt – in den besten Jahren Abwandernden in den von ihnen gewählten Zielgebieten dann später eben dort auch sterben. Deshalb – natürlich nicht allein aus diesem Grunde – sind die Sterbeziffern in den Zuzugsgebieten, vor allem in den großen Städten, dann höher. Es gibt aber auch Gebiete mit sehr starker Überalterung. Das gilt z. B. in besonderem Maße für einige nach dem Kriege besonders stark mit Vertriebenen und Flüchtlingen belegte Kreise in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, aus denen mangels ausreichender Erwerbschancen die aktive jüngere Bevölkerung abgewandert ist. Die älteren Jahrgänge sind zurückgeblieben. Bezogen auf 1000 der Gesamtbevölkerung errechnen sich hier daher relativ hohe Sterbeziffern. Diese Sachverhalte sollte man wohl bei der Interpretation von regionalen Unterschieden der natürlichen Bevölkerungsbewegung berücksichtigen.

Die regionalen Unterschiede bei den Sterbeziffern haben neben der Überalterung und der Tatsache, daß zahlreiche Menschen sich von ihrem Geburtsort später an andere Orte begeben, wo sie sterben, natürlich noch mancherlei andere Ursachen. Stärkere Gesundheitsgefährdung in bestimmten Gebieten durch klimatische Bedingungen oder durch Häufung gewisser besonders gefährdeter Berufe – Bergleute, Glasmacher – können ebenso wie ungenügende Versorgung mit Ärzten, Krankenhäusern usw. zu höherer Sterblichkeit führen, als anderswo in Gebieten, in denen günstigere Verhältnisse vorliegen. Darüber gibt es zahlreiche Untersuchungen, um auf bestimmte Ursachen zurückzuführenden höheren Sterblichkeitsraten in gewissen Altersgruppen und Gebieten begegnen zu können. Das ist eine vornehmliche Aufgabe der Gesundheitsbehörden und der Medizin.

3.

Ohne auf die Ursachenerforschung bei den Sterbefällen noch näher einzugehen, soll nachfolgend vornehmlich die Problematik der Ursachenerforschung für die regionalen Unterschiede der Geburtenhäufigkeit behandelt werden. Vor nun schon mehr als 10 Jahren hatte der damalige Abteilungsleiter für Bevölkerungsstatistik im Bayerischen Statistischen Landesamt, Dr. Konrad Krieger, aufgrund des gerade für Bayern über lange Zeiträume vorliegenden regional gegliederten statistischen Materials diese Frage in „Raumforschung und Raumordnung“ behandelt¹. Er hat damals die natürliche Bevölkerungsbewegung über 80 Jahre in Bayern untersucht und dabei den Einfluß von Stammesart, Wirtschaft und Siedlungsform nachgewiesen.

Aus jüngster Zeit sind zwei weitere ausgezeichnete Arbeiten zu diesem Thema zu nennen. Es ist einmal der Aufsatz von BUCKSCH in den Statistischen Monatsheften für Niedersachsen im Juni 1964 unter dem Titel „Regionale Unterschiede der Geburtenhäufigkeit in Niedersachsen“, zum anderen handelt es sich um die 1966 erschienene Arbeit von Stefanie REKERS unter dem Titel „Regionale Unterschiede der Geburtenhäufigkeit in Westfalen“, veröffentlicht in den Mitteilungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde.

Während die Arbeit von Krieger für Bayern einen Zeitraum von 80 Jahren umfaßt und 1954 abschließt, bezieht die Untersuchung von BUCKSCH nur den Dreijahreszeitraum von 1960–1962 ein. REKERS hat ihren Untersuchungen – die sich zum Teil auf Gemeindezahlen stützen – zwei Zeiträume, nämlich von 1951–1955 sowie von 1956–1960 zugrundegelegt. Auf diese Arbeiten wird noch einzugehen sein.

Im Hinblick auf die regionalen Unterschiede der Geburten zeigt die Karte der Wanderungssalden 1963–1965, daß die Gebiete mit permanent hohen Geburtenüberschüssen auch die Gebiete in der Bundesrepublik sind, die aus den angegebenen Gründen einen Abwanderungsüberschuß aufweisen. Über die eigentlich relevanten Kausalitäten können wir erst für die letzten Jahre zuverlässiger etwas aussagen, weil die Abwanderungsüberschüsse aus zahlreichen ländlichen Gebieten in den Jahren zwischen 1950 und etwa 1960 zu einem beträchtlichen Teil zurückgehen auf eine durch die vorangegangene Überlegung mit Flüchtlingen bedingte Abwanderung. Es bleibt auch zu erwähnen, daß die Gebiete hoher Geburtenziffern und Abwanderungsüberschüsse zugleich die Gebiete sind, die – um in der Terminologie des Bundesraumordnungsgesetzes zu sprechen – zu den hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleibenden Gebieten gehören. Wenn nun eben dieses Bundesraumordnungsgesetz von der Gleichheit der Lebensbedingungen in allen Teilen der Bundesrepublik ausgeht, die durch das Grundgesetz bereits gefordert ist, so bedarf es hier einiger Überlegungen. Es stellt sich nämlich die Frage,

ob es richtig ist, daß gewisse Gebiete mit hohen Geburten die Last zu tragen haben sollen für die Ausbildung der Kinder und für die Berufsausbildung der Jugendlichen, damit diese dann später in die stärker gewerblich durchsetzten Räume abwandern, wo sie mitwirken an der Erarbeitung des Bruttoinlandsproduktes, dort zur Hebung des Wohlstandes beitragen, der eigenen Heimat jedoch dann verlorengehen, wenn sie ins Erwerbsleben eintreten, also als Mitnehmer oder Mitschaffende an dem Sozialprodukt ausfallen. Hier stellen sich gewisse „Lastenausgleichs“-Probleme, die im Finanzausgleich zu regeln wären. Es sollte nämlich ernsthaft überlegt werden, was geschehen könnte, um dem Sachverhalt, der hier festgestellt worden ist, im Sinne der Zielsetzungen des Bundesraumordnungsgesetzes gerecht zu werden. Derartige Lastenausgleichsforderungen sind zwar hier und da immer wieder einmal von den betroffenen Gebieten laut geworden; Konsequenzen sind jedoch im allgemeinen daraus noch nicht gezogen worden.

4.

Wie sich zeigt, ist es recht nützlich, kurz auch auf die Entwicklung der Geburten- und Sterbefälle in den letzten 100 Jahren einzugehen, weil sich für die Ursachenerforschung bereits gewisse Anhaltspunkte ergeben.

Die Geburtenziffern und die Sterbeziffern von 1871 bis 1966 sind für das Gebiet des Deutschen Reiches bzw. die Bundesrepublik auf dem Schaubild 1 dargestellt. Der Höhepunkt der Geburten wurde mit mehr als 40 auf 1000 Einwohner zwischen 1870 und 1880 erreicht. Die Sterbeziffer bewegte sich in diesem Zeitraum zwischen 26 und 30 auf 1000. Die Geburtenziffern sowohl wie die Sterbeziffern fallen alsdann sehr stark ab und erreichen vor dem 1. Weltkrieg bei den Geburten den Stand von 27/28 und bei den Sterbefällen zwischen 15 und 17 auf 1000 Einwohner. Während des Krieges ist ein steiler Abfall der Geburtenziffer und dagegen zugleich ein starkes Ansteigen der Sterbeziffer festzustellen. Nach dem Kriege setzt sich die Abwärtsentwicklung bei der Geburtenziffer weiter fort. Bei der Sterbezifferkurve ist ebenfalls nach dem 1. Weltkrieg wieder ein weiterer Rückgang zu verzeichnen. Etwa Mitte der zwanziger Jahre wird die Ziffer von 12 auf 1000 Einwohner unterschritten. Seitdem bewegt sich die Sterbeziffer im wesentlichen auf dieser Höhe. Einen Tiefstand erreichten die Geburtenziffern z. Z. der Wirtschaftskrise in den Jahren 1929–1933. Danach stiegen die Geburtenziffern von damals knapp 15 auf 1000 Einwohner um mehrere Punkte wieder an und erreichten bei Ausbruch des 2. Weltkrieges etwas über 20. Als dann erfolgte, durch den Krieg bedingt, wieder ein starker Abfall der Geburten. Während des 2. Weltkrieges sind die Wehrmachtstoten nicht erfaßt worden. Deswegen ist hier der starke Anstieg der Sterbefallkurve als Folgeerscheinung nicht feststellbar.

Die Nachkriegsentwicklung setzt anders an. Zunächst geht in den Jahren bis etwa 1953 die Geburtenziffer, nachdem sie 1948 mit 16,8 einen gewissen Höchststand erreicht hatte, herunter bis auf 15,5. Von 1953 an beginnt sie dann

¹ Krieger, Konrad: Natürliche Bevölkerungsbewegung seit achtzig Jahren. In: Raumforschung und Raumordnung. 14. Jg. (1956) H. 1, S. 13–21.

allmählich wieder zu steigen, sie hat jetzt die 17-auf-1000-Einwohner-Grenze überschritten. 1963 und 1964 wurden sogar 18,4 bzw. 18,2 auf 1000 registriert. Die Sterbeziffer – wie bereits gesagt – bewegt sich zwischen 11 und 12, nachdem sie 1946 bis 1956 zwischen 10 und 11 lag.

Als Ergebnis kann für den Gesamtzeitraum von 1871 bis heute festgestellt werden, daß zwar die Geburtenziffern erheblich gesunken sind, daß aber dank medizinischer Fortschritte auch die Sterbeziffern zurückgegangen sind, so daß ein anhaltender Geburtenüberschuß – unterbrochen lediglich während der beiden Weltkriege – zu verzeichnen ist.

Nun könnte man zunächst geneigt sein davon auszugehen, daß die sehr viel höheren Geburtenziffern in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts darauf zurückgehen, daß der Altersaufbau ein anderer war, d. h. die Menschen früher nicht ein so hohes Alter erreichten wie heute und deswegen die Frauen im gebärfähigen Alter einen größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung hatten und infolgedessen die Geburten, auf die Gesamtbevölkerung bezogen, wie das bei der Geburtenziffer geschieht, einen höheren Wert ausmachen. Um nachzuprüfen, ob und ggfs. in welchem Umfange hier derartige Einflüsse auf die Entwicklung vorliegen, war zu prüfen, wie der Verlauf der Geburten, bezogen auf 1000 Frauen im gebärfähigen Alter, sich darstellt. Wie die Kurve erkennen läßt, läuft sie fast völlig parallel der Geburtenziffer, d. h. der Geburten, bezogen auf 1000 der Gesamtbevölkerung. Daran liegt es also nicht, sondern es ist eine echte Reduzierung der Geburten.

Wenn wir uns den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung vergegenwärtigen, so wird deutlich, daß der Rückgang der Geburtenziffer parallel läuft mit dem Rückgang des Anteils der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, daß er in die Zeit der Industrialisierung fällt, einhergeht mit der Konzentration von Arbeitsstätten und Wohnungen und der damit verbundenen Bildung größerer Städte und der Bildung der Industriereviere. Zeichnen wir die, allerdings nur für gewisse Stichtage ermittelten, Anteile der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in unser Diagramm ein, so wird dies eben Gesagte sehr deutlich.

5.

Für die Ursachenerforschung ergeben sich bereits erste Ansatzpunkte. Es ist sicher wohl richtig, festzustellen, daß mit der Verstädterung und mit der Industrialisierung eine Beschränkung der Geburten einhergeht. Es dürften bereits Zeichen von Familienplanung sein. Ob allerdings – und das wäre eine Frage, die geprüft werden müßte – tatsächlich parallel damit eine Verminderung der Gebärfähigkeit überhaupt geht, ist m. W. schon verschiedentlich vermutet, aber noch nicht medizinisch nachgewiesen worden.

Wenn, wie hier vermutet werden könnte, die Erwerbsstruktur eine Rolle spielt, so müßte in den Gebieten, die hohe Anteile landwirtschaftlicher Bevölkerung haben, entsprechend eine höhere Geburtenziffer zu verzeichnen sein. In der Tat lassen sich einige Anhaltspunkte für diese Ver-

mutung finden; es wirken aber zweifellos noch andere Einflußfaktoren mit.

In einer Untersuchung über die regionale Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik – vgl. seinen Aufsatz in *Wirtschaft und Statistik* – hat *Karl Schwarz* in einer Tabelle über die Bevölkerungsbilanz nach Gemeindegrößenklassen für die Zeit vom 6. Juni 1961 bis 31. Dezember 1964 den Geburtenüberschuß auf 1000 Einwohner für Gemeindegrößenklassen gebracht.

Geburtenüberschuß vom 6. 6. 1961 bis 31. 12. 1964 auf 1000 Einwohner nach Gemeindegrößenklassen

Gemeinden insgesamt	26,5
davon unter 2 000 Einwohner	33,7
2 000 bis unter 5 000 Einwohner	34,5
5 000 bis unter 20 000 Einwohner	34,1
20 000 bis unter 100 000 Einwohner	25,3
100 000 und mehr Einwohner	14,9

Aus den Zahlen läßt sich ersehen, daß der Geburtenüberschuß sehr deutlich größer wird, je kleiner die Gemeinden sind. Auffallend ist dabei, daß der Unterschied eigentlich erst besonders deutlich in Erscheinung tritt bei den Größenklassen 20 000 bis unter 100 000, wo der Geburtenüberschuß 25,3, und über 100 000, wo er nur 14,9 beträgt. Dagegen ist in den Größenklassen 5 000 bis unter 20 000 und in den Gemeinden 2 000 bis unter 5 000 ebensowenig wie in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern in der Größenordnung ein Unterschied erkennbar; der Überschuß liegt hier über alle diese Größenklassen hinweg bei rund 34.

Geburtenüberschuß in Gemeinden unter 2000 Einwohnern und einem Bevölkerungsanteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung von

40 % und mehr	32,3
20 % bis unter 40 %	32,9
unter 20 %	35,6
insgesamt	33,7

Weiterhin bemerkenswert ist – was *Schwarz* ebenfalls herausgestellt hat –, daß bei den Gemeinden unter 2000 Einwohnern und einem Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung von 40 und mehr % der Geburtenüberschuß mit 32,3 niedriger als in den Gemeinden der gleichen Größenklasse mit einem Anteil zwischen 20 bis unter 40 % – nämlich 32,9 – und dieser wiederum niedriger als in den Gemeinden unter 2000 Einwohnern und einem Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung von unter 20 % ist –, nämlich 35,6.

6.

Eine Betrachtung nach Gemeindegrößenklassen ist immer recht problematisch, weil sie zwar gewisse Hinweise auf die Siedlungsstruktur gibt, aber dies doch nur recht unzureichend vermag, denn in den einzelnen Gemeindegrößenklassen befinden sich immer zahlreiche Gemeinden, die im Bereich von Stadtregionen liegen und daher von ihrer Struktur

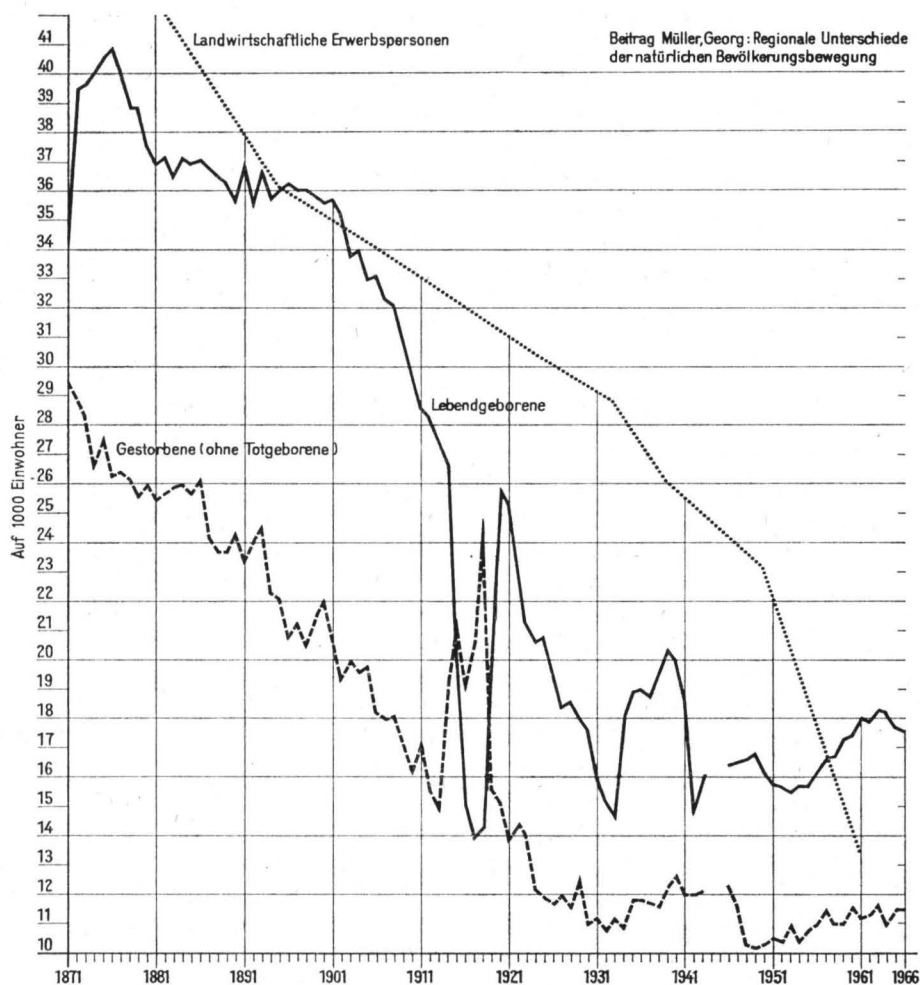


Schaubild 1: Lebendgeborene und Gestorbene auf 1000 Einwohner, 1871 bis 1966

her ganz anders zu beurteilen sind. Deswegen wäre eine entsprechende Feststellung für die Stadtregionen einerseits und die übrigen Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen andererseits vielleicht aufschlußreicher.

Über die Gegebenheiten in den Stadtregionen ist festgestellt worden, daß die allgemeine Geburtenziffer von den Kernstädten zu den Randzonen stark ansteigt. Aus für das Jahr 1960 vorliegenden Untersuchungen anhand der Geburtenstatistik ergeben sich folgende Zahlen für die Lebendgeborenen je 1000 Einwohner in den

Kernstädten	14,9
Gemeinden des Ergänzungsgebietes	17,1
Gemeinden der verstärkten Zone	19,2
Gemeinden der Randzonen	20,5

Schwarz, der diese Untersuchungen durchgeführt hat, sieht in diesem Ergebnis den Einfluß städtischer Lebensformen auf die Kinderzahl als erwiesen an².

7.

Wie bereits festgestellt, weisen die großen Städte niedrigere Geburtenziffern auf als die mittelgroßen und kleinen Städte und kleinen Gemeinden. Daß das nicht nur für die Klassendurchschnitte gilt, wird deutlich, wenn man die kreisfreien Städte der Bundesrepublik nach der Größe der Einwohnerzahl einerseits und die addierten Geburtenziffern 1963 bis 1965 andererseits in einem Diagramm gegenüberstellt. Es zeigt sich, daß die Großstädte über 200 000 Einwohner, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, in dem Zeitraum von 1963 bis 1965 Geburtenziffern haben, die unter 50 auf 1000 liegen. Höhere Geburtenziffern werden bei den kreisfreien Städten erreicht, die niedrigere Einwohnerzahlen haben. Die Mehrzahl der Städte zwischen 100 000 und 200 000 liegt aber auch hier unter 50 auf 1000. Bei den kreisfreien Städten unter 100 000 Einwohnern liegen die

² Vgl.: Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland. Ergänzungsbd. 1: Erläuterungen zu den Ergebnissen der Volks- und

Berufszählung, der Gebäudezählung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung von 1961 für die Stadtregionen der Bundesrepublik Deutschland. – Hannover 1967. = Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 32.

Städte mit Geburtenziffern über 50 und unter 50 zahlenmäßig etwa gleich. Es ist hier festzustellen, daß auch kleinere kreisfreie Städte zum Teil Geburtenziffern haben, die nicht höher als die der großen Städte sind.

Wie die Verhältnisse in den Landkreisen liegen, kann man sich veranschaulichen, wenn man die Geburtenziffer einerseits und die Bevölkerungsdichte der Landkreise andererseits in ein Korrelationsdiagramm bringt. Es zeigt sich dann, daß es überhaupt nur ganz wenige Landkreise gibt, die eine Geburtenziffer von weniger als 50 haben. Während bei den kreisfreien Städten nur 3 über 60 lagen, liegt bei den Landkreisen ein beträchtlicher Teil über diesem Wert. Hier erreicht eine ganze Reihe von Kreisen mehr als 70 und immerhin 6 mehr als 80, wobei Aschendorf-Hümmeling mit 88 an der Spitze liegt. Sehr deutlich wird aber auch, daß Geburtenziffern mit mehr als 60 bei Kreisen mit höheren Bevölkerungsdichten, das heißt höher als 500 Einwohner auf den qkm, nicht mehr zu finden sind. Je dichter die Kreise besiedelt sind, das zeigt sich hier sehr klar, desto niedriger liegen die Geburtenziffern. Die höheren Geburtenziffern fallen ganz eindeutig auf die dünn besiedelten Kreise mit Dichtewerten unter 100 Einwohner je qkm. Ein beträchtlicher Abfall zeigt sich dann bei dem Schwellenwert von 250 Einwohner je qkm. Hier ist festzustellen, daß ein deutlicher Abbruch vorliegt zu den dichter besiedelten Kreisen und damit ein Übergang zu Geburtenziffern, die im allgemeinen 65 nicht mehr überschreiten, ja in der Regel unter 60 bleiben. Daraus folgt, daß, je dichter ein Landkreis besiedelt ist, desto niedriger die Geburtenziffern sind; dichter besiedelte Landkreise haben geringe Anteile landwirtschaftlicher Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, sind also gewerblich industriell und damit hinsichtlich ihres generativen Verhaltens wie die Städte zu bewerten.

8.

Daß die landwirtschaftliche Bevölkerung im allgemeinen höhere Geburtenziffern aufzuweisen hat als die übrige, ergibt sich auch aus einer kreisweisen Auszählung der Ehepaare nach der Zahl der in der Familie lebenden ledigen Kinder aus der Volkszählung 1961. Dabei ist zwischen den Frauen unterschieden, die in der Landwirtschaft tätig sind, die in einem sonstigen Wirtschaftsbereich tätig sind und solchen, die nicht erwerbstätig sind. Bei den in der Landwirtschaft erwerbstätigen Frauen handelt es sich praktisch um die Familien der Landwirte. Für das Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus dieser Kreisstatistik, daß der Anteil der Familien mit 4 Kindern bei den landwirtschaftlichen Familien 14,1, bei den übrigen Familien dagegen nur 7,2 beträgt. Auch bei den Familien mit 3 Kindern ist der Anteil mit 18,9 bei den landwirtschaftlichen Familien wesentlich höher als bei den übrigen Familien mit 12,7. Diese Feststellung trifft durchweg auch für alle Bundesländer zu.

Innerhalb der Bundesländer gibt es diesbezüglich jedoch recht beträchtliche regionale Abweichungen. Geht man von dem Anteil der Familien mit 4 und mehr Kindern in der Landwirtschaft aus, so kann festgestellt werden, daß es

eine ganze Anzahl von Kreisen gibt, in denen ein Überwiegen bei den landwirtschaftlichen Familien nicht vorliegt. Das trifft vornehmlich für weite Teile von Hessen und einen Teil von Rheinland-Pfalz sowie für eine Reihe von Kreisen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu. In den übrigen Ländern treten diese Kreise nur vereinzelt auf. Weiterhin ist sehr auffallend, daß die Gebiete hoher Geburtenziffern auch diejenigen Gebiete sind, in denen der Anteil der landwirtschaftlichen Familien mit 4 und mehr Kindern wesentlich höher über dem Anteil der übrigen Familien liegt.

Aus allem wird sehr deutlich, daß die regionalen Unterschiede vor allem zwischen Stadt und Land zu suchen sind. Das hat auch Schwarz in seinem Aufsatz über die Kinderzahlen in den Ehen nach Bevölkerungsgruppen, der sich auf Ergebnisse des Mikrozensus 1962 stützt, nachgewiesen³. Als einen der Gründe dafür nennt er die Wohnverhältnisse. Sehr anschaulich sagt er dazu, daß im Einfamilienhaus, das auf dem Land die Regel bildet, die Kinder freier und ungestörter aufwachsen als in der Enge eines Etagenhauses, in dem auf die Nachbarn Rücksicht zu nehmen ist und wo die Kinder wenig Möglichkeiten haben, den Tag im Freien zu verbringen.

Die stärkere Naturverbundenheit und eine stärkere traditionelle Einstellung zum Kind dürften ebenfalls mitspielen. Dabei ist auch an die geringeren Kosten für den Lebensunterhalt der Kinder auf dem Bauernhof zu denken und an die Tatsache, daß Kinder vielfach sehr erwünschte Hilfskräfte im landwirtschaftlichen Betrieb sind.

Aber auch auf dem Lande schreitet die Geburtenbeschränkung fort. Bei der Volkszählung 1939 sind in den Gemeinden unter 2000 Einwohner noch 2962 Kinder je 1000 Ehen ermittelt worden, 1962 nur noch 2193. Schwarz zieht in diesem Zusammenhang in Betracht, daß auf dem Lande die Möglichkeiten der Empfängnisverhütung nicht im gleichen Maße wie in der Stadt bekannt sind und dort auch nicht immer die Mittel dazu so leicht und anonym beschafft werden können.

Alles das sind plausible Erklärungen. Doch sowohl die manchmal beträchtlichen regionalen Unterschiede innerhalb ländlicher Gebiete als auch die Tatsache, daß seit 1871 mit fortschreitender Vergewerblichung und Verstädterung die Geburtenziffern von mehr als 40 auf 1000 bis auf 15 bis 18 auf 1000 heute generell abgesunken sind, lassen doch wohl den Verdacht aufkommen, daß hier ein zivilisationsbedingter Rückgang der Geburtenfähigkeit ganz allgemein – physisch gesehen – mitspielen könnte. Insoweit bedürfte es noch eines Nachweises von medizinischer Seite.

9.

Immer wieder wird in Untersuchungen der Nachweis geführt, daß zwischen Geburtenziffer und dem Anteil der katholischen Bevölkerung ein Zusammenhang besteht, was

³ Vgl. Schwarz, Karl: Die Kinderzahlen in den Ehen nach Bevölkerungsgruppen. Ergebnis des Mikrozensus 1962. In: Wirtschaft und Statistik. 16. Jg. (1964) H. 2, S. 71 (Textteil).

bedeutet, daß, je höher der Anteil der Katholiken an der Bevölkerung ist, desto höher die Geburten sind. Das ist sicher mancherorts zutreffend und läßt sich durch statistische Daten belegen. Daraus wird vielfach gefolgert, daß die höheren oder hohen Geburtenziffern einen direkten und unmittelbaren Zusammenhang hätten mit der religiösen Einstellung, hier von der katholischen Konfession her geprägt. Es ist nicht zu untersuchen, ob und inwieweit das früher einmal der Fall gewesen sein mag. Für die Gegenwart jedenfalls erscheint mir das zumindest fragwürdig geworden. Jedenfalls deutet eine ganze Reihe von Feststellungen darauf hin, daß dieser Schluß nicht ohne weiteres gezogen werden kann. Wenn dem so wäre, dann müßten sich schon bei einer Darstellung der Gegebenheiten in einem Korrelationsdiagramm deutlichere Anhaltspunkte dafür bieten. Ein derartiges Diagramm zeigt aber, daß zwar in der Tat die wenigen ganz besonders hohen Geburtenziffern einiger Kreise in Gebieten liegen, die hohe Anteile katholischer Bevölkerung aufweisen. Die etwas dichtere Besetzung der Geburtenziffern über 60 auf der katholischen Seite eines solchen Diagramms ist aber eine gewisse Täuschung, weil sich hier zahlreiche kleine bayerische Kreise mit hohen Anteilen katholischer Bevölkerung befinden. Auffallend jedoch ist eine auf beiden Seiten der Achse feststellbare Übereinstimmung, daß nämlich, etwa gleichbleibend mit einem Ansteigen des Anteils einer der beiden Konfessionen an der Gesamtbevölkerung, niedrige Geburtenziffern nicht auftreten. Insofern ergibt sich eine auffallende Übereinstimmung mit einem anderen Diagramm, in dem Evangelisch und Katholisch in Beziehung gebracht sind zum Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen. Und hier läßt sich feststellen, daß bei höheren Anteilen der einen oder der anderen Konfession ein niedriger Anteil landwirtschaftlicher Erwerbspersonen nicht festzustellen ist, d. h. mit anderen Worten, wo die eine oder die andere Konfession stark überwiegt, ist offensichtlich auch die Erwerbsstruktur noch mehr von der Landwirtschaft her bestimmt.

Nun ist das starke Überwiegen der einen oder anderen Konfession im allgemeinen in landwirtschaftlichen Gebieten darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerung dünner besiedelt lebt, daß die Überfremdung und damit die Durchmischung der Konfessionen nicht so stark ist; das will heißen, daß in diesen Gebieten die altansässige Stammesbevölkerung ein stärkeres Gewicht hat als anderswo. Daraus, so möchte ich meinen, folgt, daß die Unterschiede im generativen Verhalten, wie das Konrad Krieger m. E. sehr überzeugend dargestellt hat, auf Stammeseigenarten zurückgehen.

Bei Krieger findet man im übrigen keinerlei Hinweise darauf, daß die Konfession hier eine Rolle spielen könnte. Ich möchte daraus schließen, daß, wenn es die Stammeseigenarten sind, die im generativen Verhalten den Ausschlag geben, es mehr historisch bedingt ist, daß hier die Katholiken, anderswo die Evangelischen überwiegen. Der Hinweis auf das „cuius regio eius religio“ mag in diesem Zusammenhang genügen.

Krieger beispielsweise sagt in seiner Untersuchung über den Unterschied im generativen Verhalten von Altbayern

und Schwaben einerseits und Franken andererseits, daß die in den überwiegend landwirtschaftlichen Gebieten lebenden Altbayern sich ihre Fortpflanzungsgewohnheiten zwar nicht mehr in der früher gewohnten Stärke, aber doch noch ungebrochen bis ins 20. Jahrhundert hinein erhalten haben, so daß die bäuerliche Landschaft der generative Quell für die wachsenden bayerischen Großstädte war. Anders dagegen bei den Franken. Dort haben auch die überwiegend landwirtschaftlichen Kreise, historisch und stammesmäßig bedingt, einen mehr städtisch-gewerblichen Einschlag, der auf die Fortpflanzungsgewohnheiten der Landbevölkerung wirkt. Von Einfluß dabei sei die Bodenbeschaffenheit des Siedlungsgebietes, der karstreiche Jura, die waldigen Mittelgebirge, die sandigen Talebenen und die im westlichen Franken fühlbare Realteilung als Erbschaft aus der napoleonischen Zeit. Die Geburtenhäufigkeit ist schon 1875 geringer als in Südbayern, hält sich aber bemerkenswert stetig bis in unsere Generation, so daß die beiden Kurven sich mehr und mehr einander angenähert haben. Daß die Franken jedoch überwiegend evangelischen und die Altbayern katholischen Glaubens sind, ist eben historisch bedingt, und es deckt sich hier nur zufällig mit anderen Sachverhalten. So lösen sich zum Teil auch in den Untersuchungen von Reekers und Buksch getroffene Feststellungen.

Reekers stellt aufgrund ihrer Gemeindeuntersuchungen fest, daß sich, großräumig gesehen, die katholischen von den evangelischen, die ländlichen von den städtischen Bezirken unterscheiden. Aber auch innerhalb der Konfessionsräume hat sie erhebliche regionale Unterschiede in der Höhe der Geburtenquoten festgestellt. Den hohen Geburtenziffern im Westmünsterland und Tecklenburg stehen innerhalb des katholischen Raumes in Westfalen relativ niedrige Zahlen im östlichen Paderborner Land und Sauerland, besonders im Kreis Brilon, gegenüber; im evangelischen Raum stehen niedrigen Geburtenquoten in Teilen des Märkischen Landes relativ hohe Kinderzahlen in Siegen und Wittgenstein gegenüber.

Diese Feststellungen geben ebenso zu denken wie die von Buksch. Sie nämlich hat herausgefunden, daß in den Landkreisen Niedersachsens die Geburtenhäufigkeit überwiegend von der Erwerbsstruktur und der konfessionellen Gliederung der Bevölkerung bestimmt werden. Letzteres spiele eine um so größere Rolle, je höher der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Erwerbspersonen sei. Daneben erwähnt sie aber auch die Einwirkung regionaler Faktoren auf die Fruchtbarkeit. Sie hat festgestellt, daß sich der südöstliche Landesteil, der von den Flüssen Weser und Aller begrenzt wird, vom übrigen Niedersachsen durch eine allgemein geringere Fruchtbarkeit auszeichnet.

In den kreisfreien Städten Niedersachsens spiele die konfessionale Gliederung für die Fruchtbarkeit keine Rolle. So hatte beispielsweise die Stadt Osnabrück, die mit 40,4% den höchsten katholischen Bevölkerungsanteil aller kreisfreien Städte Niedersachsens aufwies, eine Fruchtbarkeitsziffer⁴ von nur 72 und war damit niedriger als die der weit

⁴ Lebendgeborene auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.

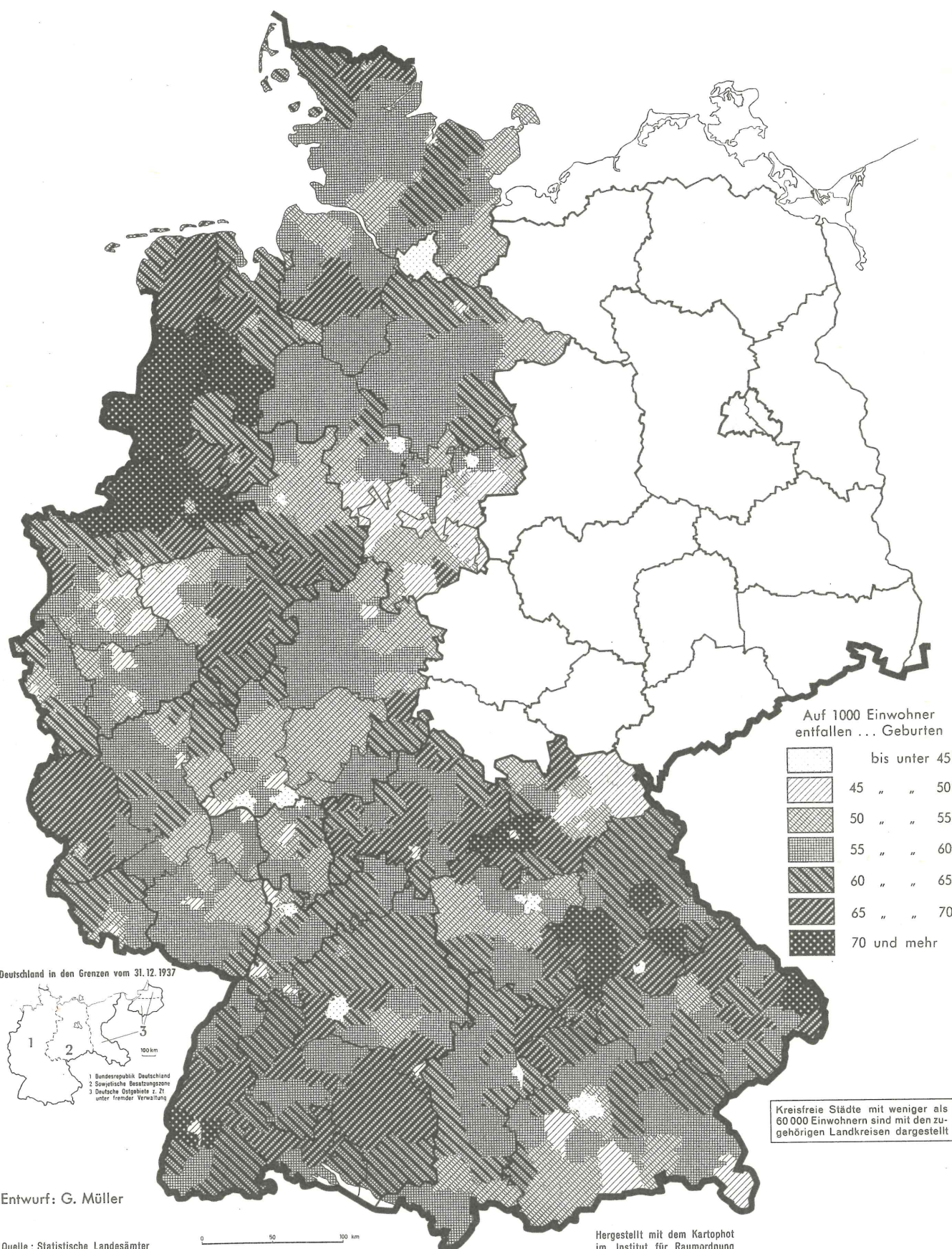
überwiegend protestantischen Städte Emden mit 83 und Celle mit 76.

Buksch hat weiter ermittelt, daß dann, wenn der katholische Bevölkerungsanteil in den Landkreisen weniger als 50% beträgt, er für die Fruchtbarkeit eine untergeordnete Rolle spielt. Aus ihren Untersuchungen meint sie entnehmen zu können, daß die katholischen Minderheiten ihr generatives Verhalten weitgehend dem der sie umgebenden Majorität anpassen. Ähnliches, so meint sie, würde auch für die protestantischen Minderheiten in überwiegend katholischen Landkreisen gelten. Nur so ließe sich die überproportionale Zunahme der Fruchtbarkeit bei wachsendem katholischem Anteil von über 50% erklären.

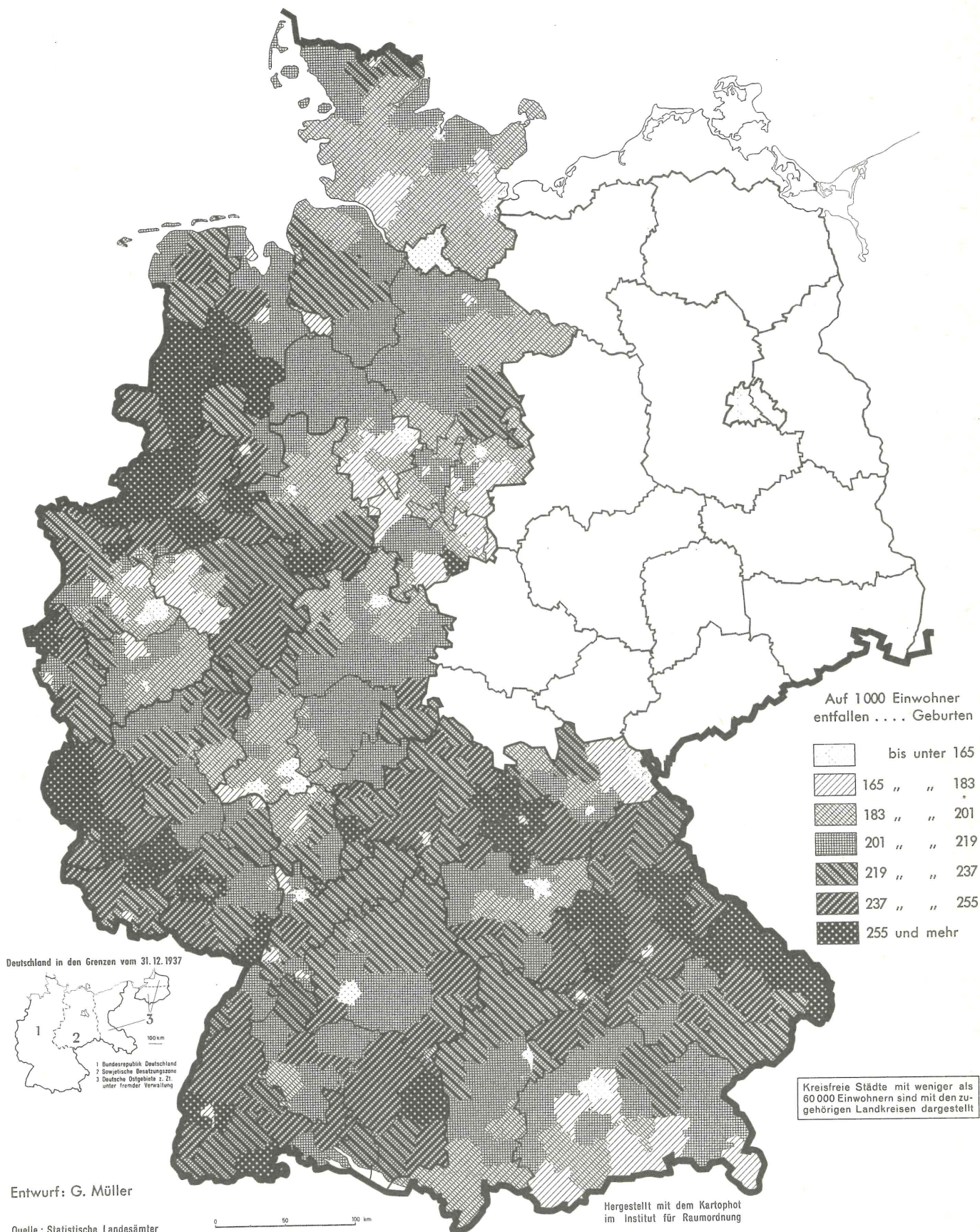
Daraus, so möchte ich meinen, ist wohl aber doch der Schluß zu ziehen, der bereits angedeutet wurde: Das Zusammentreffen hoher Geburtenziffern mit größeren Anteilen katholischer Bevölkerung – das in einigen Gebieten festzustellen ist – erscheint weniger kausal bedingt, als sich mehr vom Zusammentreffen mit anderen Gegebenheiten her zu erklären.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß eindeutig die Stadt, das städtische Leben, insbesondere die Großstadt und der dichte Agglomerationsraum, zur Folge haben, daß die Geburtenziffern niedriger bleiben. Als Gegenstück hat sich ergeben, daß in den mehr ländlichen Gebieten die Siedlungsdichte ebenfalls eine Rolle spielt, daß es aber insbesondere die landwirtschaftliche Bevölkerung ist, die höhere Geburtenziffern aufzuweisen hat. Es konnte weiterhin berichtet werden, daß Stammeseigenarten eine Rolle spielen und doch Zweifel aufkommen, ob der Konfessionszugehörigkeit, der häufig eine sehr große Bedeutung beigemessen wird, diese Bedeutung in diesem Zusammenhang zukommt. Hier sollten wohl deshalb die Untersuchungen noch einmal vertieft werden. Es gibt, und auch das muß festgestellt werden, in Anbetracht der Vielschichtigkeit des Themas natürlich noch zahlreiche Aspekte und andere mögliche Kausalzusammenhänge, als sie hier berührt worden sind. Insofern war im gegebenen Rahmen eine erschöpfende Darstellung weder möglich noch beabsichtigt.

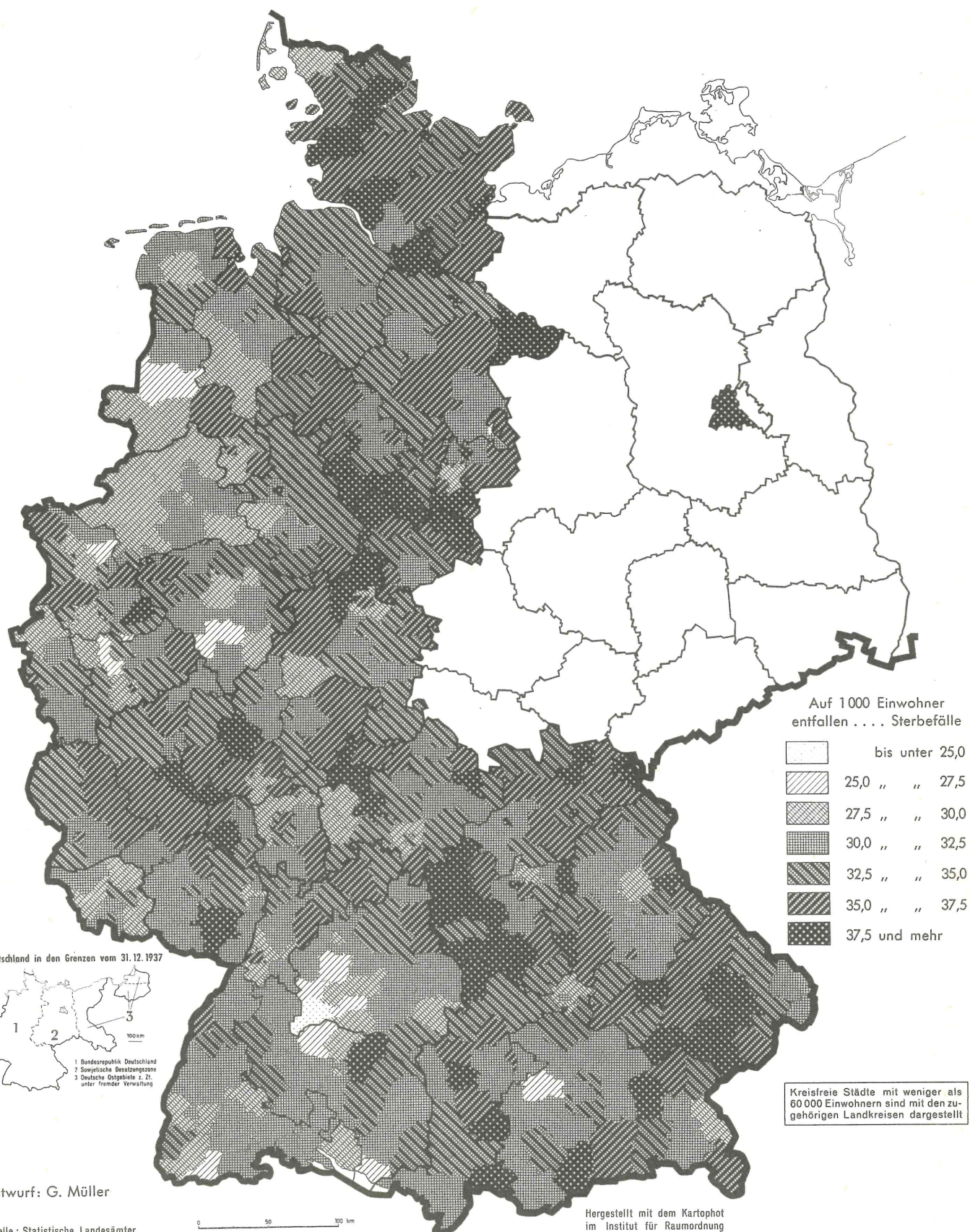
Geburten auf 1000 Einwohner in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland 1963-1965



Geburten auf 1000 Einwohner in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland 1951 - 1962



Sterbefälle auf 1000 Einwohner in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland 1963 - 1965



Wanderungssaldo in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland 1963-1965

